



Die vorhersehbare Überraschung: Warum die Politik bei Hitzewellen immer wieder hinterherläuft

Wenn Frankreich unter einer Hitzewelle ächzt, wiederholt sich ein bekanntes Schauspiel. Die Temperaturen steigen auf Rekordwerte, Wetterdienste warnen Tage im Voraus, Experten mahnen seit Jahren zur Vorbereitung – und dennoch entsteht der Eindruck, als treffe die Hitze das Land jedes Mal unerwartet. Schulen werden kurzfristig geschlossen, Krankenhäuser geraten an ihre Belastungsgrenzen, Gemeinden organisieren Notmassnahmen, und Politiker versichern, man habe die Lage im Blick.

Die eigentliche Frage lautet längst nicht mehr, ob eine Hitzewelle kommt. Sie lautet vielmehr, weshalb die politische Reaktion auf ein längst bekanntes Risiko noch immer den Charakter eines Ausnahmezustands trägt.

Dabei wäre es falsch, den staatlichen Institutionen Untätigkeit vorzuwerfen. Seit der verheerenden Hitzekatastrophe des Jahres 2003, die in Frankreich zehntausende Todesopfer forderte, wurden Frühwarnsysteme aufgebaut, Notfallpläne entwickelt und die Koordination zwischen Behörden verbessert. Die öffentliche Verwaltung ist heute zweifellos besser vorbereitet als vor zwei Jahrzehnten.

Und doch bleibt ein Widerspruch bestehen. Je häufiger extreme Hitze auftritt, desto deutlicher wird, dass die Anpassung an die neue klimatische Realität nicht Schritt hält mit deren Geschwindigkeit. Die Notfallmechanismen funktionieren zwar besser als früher. Doch sie bleiben in erster Linie Reaktionen auf eine Krise, deren Ursachen und Wiederkehr längst bekannt sind.

Das eigentliche Defizit liegt daher weniger im Krisenmanagement als in der strategischen Vorausschau.

Ein Land für ein anderes Klima

Frankreich wurde über Jahrzehnte für ein gemässigttes Klima geplant und gebaut. Städte entstanden unter Bedingungen, in denen winterliche Kälte als grösseres Problem galt als sommerliche Hitze. Betonierte Plätze, versiegelte Flächen und dichte Bebauung wurden als Ausdruck von Modernität verstanden. Gebäude wurden darauf ausgelegt, Wärme zu speichern, nicht sie abzuweisen.

Diese Logik gerät nun an ihre Grenzen.

In vielen Ballungsräumen entstehen sogenannte Wärmeinseln, in denen die Temperaturen deutlich höher liegen als im Umland. Tropennächte, während denen die Temperatur nicht



mehr unter zwanzig Grad fällt, werden zunehmend zur Normalität. Für ältere Menschen, chronisch Kranke, Kleinkinder oder im Freien arbeitende Beschäftigte bedeutet dies ein wachsendes Gesundheitsrisiko.

Die Klimaforschung weist seit Jahren darauf hin, dass solche Entwicklungen keine vorübergehenden Ausreisser sind. Sie gehören zu einer langfristigen Veränderung der klimatischen Bedingungen in Europa. Regionen Frankreichs erleben heute Temperaturen, die noch vor wenigen Jahrzehnten als Ausnahme galten und eher mit Südeuropa oder Nordafrika assoziiert wurden.

Die politische Konsequenz daraus müsste eigentlich offensichtlich sein: Nicht die Ausnahme, sondern die Regel hat sich verändert.

Die Tyrannei der kurzen Frist

Warum fällt die Anpassung dennoch so schwer?

Ein wesentlicher Grund liegt in der unterschiedlichen Zeitlogik von Klima und Politik. Klimatische Veränderungen vollziehen sich über Jahrzehnte. Politische Entscheidungen hingegen orientieren sich häufig an Wahlzyklen, Haushaltsjahren und kurzfristigen Erfolgsnachweisen.

Notfallmassnahmen lassen sich rasch kommunizieren. Wasserverteilungen, gekühlte Räume oder zusätzliche Rettungskräfte sind sichtbar und vermitteln Handlungsfähigkeit. Die tiefgreifenden Anpassungen hingegen sind kostspielig, langwierig und oft politisch wenig dankbar.

Wer heute einen Schulhof entsiegelt, neue Grünflächen schafft, Strassen umbaut oder öffentliche Gebäude hitzeresistent saniert, wird die Resultate möglicherweise erst Jahre später sehen. Die finanziellen Belastungen entstehen dagegen sofort. Genau darin liegt das politische Dilemma.

Demokratische Systeme sind grundsätzlich in der Lage, langfristige Herausforderungen zu bewältigen. Doch sie tun sich schwer mit Investitionen, deren Nutzen erst weit nach der nächsten Wahl sichtbar wird. Der Klimawandel macht diese strukturelle Schwäche besonders deutlich.



Anpassung ist keine Kapitulation

Lange Zeit konzentrierte sich die politische Debatte vor allem auf die Vermeidung des Klimawandels. Die Reduktion von Treibhausgasen stand im Mittelpunkt. Dieses Ziel bleibt unverzichtbar.

Gleichzeitig wächst jedoch die Erkenntnis, dass Anpassung ebenso notwendig geworden ist. Selbst wenn die globalen Emissionen rasch sinken würden, wären viele klimatische Veränderungen bereits für Jahrzehnte wirksam.

Anpassung bedeutet dabei keineswegs Resignation. Sie ist vielmehr Ausdruck politischer Realitätssinns. Städte müssen stärker begrünt, Wassersysteme modernisiert, Gebäude umgebaut und öffentliche Infrastrukturen an neue Temperaturverhältnisse angepasst werden. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Schulen benötigen Konzepte, die extreme Hitze nicht als Ausnahmefall behandeln.

Viele europäische Kommunen haben begonnen, entsprechende Strategien zu entwickeln. Doch das Tempo bleibt häufig hinter den Erfordernissen zurück. Zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Umsetzung klafft weiterhin eine erhebliche Lücke.

Die Normalität der Extreme

Die aktuelle Hitzewelle verdeutlicht erneut, dass die traditionelle Vorstellung eines „normalen Sommers“ zunehmend überholt ist. Was früher als aussergewöhnlich galt, tritt heute in immer kürzeren Abständen auf.

Die eigentliche Gefahr besteht darin, dass sich Politik und Gesellschaft an einen Zustand permanenter Improvisation gewöhnen. Jede neue Hitzewelle wird dann zwar bewältigt, ohne dass die strukturellen Ursachen der Verwundbarkeit beseitigt werden. Die Krise wird verwaltet, aber nicht vorbereitet.

Gerade darin liegt die politische Herausforderung der kommenden Jahre. Der Klimawandel ist nicht länger ein Szenario für die Zukunft. Er verändert bereits die Bedingungen, unter denen Staaten ihre Infrastruktur planen, ihre Gesundheitsversorgung organisieren und ihre Städte gestalten müssen.

Die Bürger haben deshalb Anspruch auf mehr als saisonale Krisenkommunikation. Sie dürfen erwarten, dass Regierungen die Vorhersehbarkeit der Risiken in langfristige Politik



Die vorhersehbare Überraschung: Warum die Politik bei Hitzewellen immer wieder hinterherläuft

übersetzen. Denn wenn extreme Hitze inzwischen zum festen Bestandteil europäischer Sommer geworden ist, dann darf ihre Bewältigung nicht länger den Charakter einer Überraschung tragen.

Die wahre Bewährungsprobe besteht nicht darin, die aktuelle Hitzewelle zu überstehen. Sie besteht darin, jene vorzubereiten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit noch folgen werden. Solange die Politik dabei vor allem reagiert statt gestaltet, wird sie weiterhin den Eindruck erwecken, von einer Realität überrascht zu werden, die seit Jahren bekannt ist.

Autor: P. Tiko